

Datenschutzerklärung und Information zur Datenerhebung nach Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung der EU (DSGVO)

Diese Informationen dienen der Transparenz, wie unser Unternehmen mit personenbezogenen Daten seiner Kundinnen und Kunden umgeht. Mit den nachfolgenden Informationen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Verantwortliche Stelle für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten:

BPU Beratung für Personal- und Unternehmensentwicklung GmbH & Co. KG.

Vertreten durch: Sascha Hodjati / Dirk Heinrich

Erich-Dahm-Str. 13 56642 Kruft, Tel.: 0261 45098733

E-Mail: datenschutz@bpu-gruppe.de

Datenschutzbeauftragte:

Dirk Heinrich 0261 45098733

2. Information, aus welcher Quelle wir Ihre bisherigen personenbezogenen Daten erheben und nutzen:

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Dienstleistungen von unseren Kunden erhalten. Zudem verarbeiten wir -soweit für die Erbringung unserer Dienstleistungen erforderlich- personenbezogene Daten, die wir von unseren Auftraggebern wie z.B. die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, sowie andere Behörden/staatliche Einrichtungen und Bildungsanstalten zulässigerweise erhalten haben.

3. Verarbeitungszwecke, sowie die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung:

3.1. Vertragliche Aufgabenerledigung, rechtliche Verpflichtungen

Die Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung erfolgt aufgrund von Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheinen, sowie aufgrund der Verpflichtung des Auftraggebers laut Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen.

Die Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung erfolgt im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen des Sozialgesetzbuches.

3.2. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Die Datenverarbeitung durch BPU erfolgt zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten, erfolgt aufgrund gesetzlicher Vorgaben und zur Wahrung der berechtigten Interessen des Ver-

antwortlichen (Art. 6 Abs. 1 lit. b, c und f DSGVO i.V.m. §§ 67 ff SGB X, 45 SGB III und § 16 SGB II).

Darüber hinaus ist gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre schriftliche Einwilligung erteilt hat.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Insbesondere folgende Datenkategorien werden vom BPU verarbeitet:

a) Stammdaten inkl. Kontaktdaten. Das sind beispielsweise: Kundennummer, Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus. Bankverbindung für die Möglichkeit einer Überweisung von Fahrkosten.

b) Daten zur Vermittlung / Integration in Arbeit sowie Berufsberatung. Das sind beispielsweise: Nachweise über Abschlüsse etc., Angaben zu Kenntnissen und Fähigkeiten, Führerschein, schulische und berufliche Qualifikation, Leistungsfähigkeit, Motivation, Rahmenbedingungen (Mobilität, freiwillige Angaben: familiäre Situation, finanzielle Situation, Wohnsituation), Daten zu Stellenangeboten, Stellengesuchen, Verträge zum Beschäftigungsverhältnis und ggf. Rückmeldungen der Arbeitgeber.

c) Gesundheitsdaten
(nur bei Vorliegen einer Schweigepflichtentbindung):
Das sind beispielsweise Daten im Rahmen von Begutachtungen oder Stellungnahmen durch den ärztlichen Dienst der Bundesagentur für Arbeit oder Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen.

d) Anwesenheitslisten
Des Weiteren werden im Rahmen der Veranstaltung aus didaktischen Gründen personenbezogene Daten veröffentlicht, beispielsweise auf dem Namensschild im Seminarraum sowie in der Teilnehmerliste/Anwesenheitsliste der Veranstaltung.

e) Für die Nutzung des e-learn-centers
Beim Aufrufen und Nutzen unserer E-Learning Plattform erheben wir die personenbezogenen Daten, die Ihr Browser automatisch an unseren Server übermittelt:
Login-Daten, Nutzungsdaten (Datum und Uhrzeit des Zugriffs) für die Verwendung in der Projektdokumentation, IP-Adresse des anfragenden Rechners, verwendeter Browser.

5. Empfänger der personenbezogenen Daten

Zum Zwecke der vertraglichen Aufgabenerledigung werden die personenbezogenen Daten an die Bundesagentur für Arbeit und an das Jobcenter übermittelt.

Die Übermittlung an Dritte, wie beispielsweise Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe, erfolgt erst nach Absprache und Ihrer schriftlichen Zustimmung/Einwilligung. Ansonsten unterliegen wir der Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Wir verarbeiten und speichern Ihre Daten nur so lange es für die Erfüllung unsere vertraglichen und gesetzlichen Pflichten notwendig ist. Sind die Daten für die Erfüllung von vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, ihre befristete Weiterverarbeitung unterliegt der folgenden gesetzlichen Vorgabe:

- Die Aufbewahrungsfrist von Teilnehmerdaten richtet sich nach § 147 der Abgabeordnung und nach dem Vertrag zur Maßnahme. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.

Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, indem die letzten Ausgaben einer abgeschlossenen Maßnahme in der Rechnungslegung gegenüber dem Auftraggeber enthalten waren.

7. Betroffenenrechte

7.1. Auskunft

Jedermann haben das Recht, von der BPU eine Bestätigung zu verlangen, ob personenbezogene Daten, die ihn betreffen, verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, kann Auskunft über alle verarbeiteten Daten verlangt werden.

7.2. Berichtigung/Vervollständigung

Sofern nachgewiesen wird, dass die bei BPU verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig erfasst sind, werden diese nach Bekanntwerden unverzüglich berichtigt oder vervollständigt.

7.3. Löschung

Sofern nachgewiesen wird, dass personenbezogene Daten zu Unrecht verarbeitet wurden, wird unverzüglich die Löschung der betroffenen Daten veranlasst. Das gilt auch, wenn die Daten zur Aufgabenerledigung nicht mehr benötigt werden.

Für die Beurteilung dieser Sachlage sind die Aufbewahrungsfristen maßgebend, wobei Rechnungslegungsfristen zu berücksichtigen sind s. Punkt 5.

8. Widerruf der Einwilligung

Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft schriftlich widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt. Bitte richten Sie ihrem Widerruf an datenschutz@boesen-hugo.de

9. Beschwerderecht

Betroffene Personen haben die Möglichkeit, sich an die Datenschutzbeauftragte Herr Dirk Heinrich oder Sascha Hodjati (s.o.). zu wenden, sich an den zuständigen Landesdaten-

schutzbeauftragten zu wenden oder sich an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden, sofern sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen die Datenschutzgrundverordnung verstößt.

10. Mitwirkungspflichten, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung

10.1. Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Wer unsere Dienstleistungen im Rahmen einer Maßnahme nach SGB III und SGB II in Anspruch nimmt, ist zur Mitwirkung verpflichtet. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle relevanten Tatsachen (s. Punkt 4) angeben muss, die für eine erfolgreiche Teilnahme in einer Maßnahme von Bedeutung sind und zum Zwecke der vertraglichen Aufgabenerledigung gegenüber der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter erforderlich sind.

10.2. Verpflichtung zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten und mögliche Folgen der Nichtbereitstellung

Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen sowie das persönliche Erscheinen. Weitere Mitwirkungspflichten ergeben sich auch aus ihrer Eingliederungsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und aus Ihrem Teilnehmervertrag.

Mögliche Folge einer Nichtbereitstellung ist, dass wir unsere Dienstleistungen und unsere Aufträge nicht in vollem Umfang durchführen können.

Wir sind auch angehalten, die zuständige Agentur für Arbeit oder das Jobcenter zu informieren. Der Bedarfsträger könnte in diesem Falle Sanktionen oder Sperrzeiten verhängen.